

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent. lebensnah. vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 24. Kalenderwoche

Liebe Genossin, lieber Genosse,

es ist ein besonderer Wink der Geschichte, dass Gesine Schwan, unsere zweimalige Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, gerade im Vorfeld der Wahl eines neuen Bundespräsidenten in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages anlässlich des 57. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni zu uns Abgeordneten gesprochen hat.

Wie schon häufig in der Vergangenheit hat sich Gesine Schwan zu den Themen Freiheit und Recht, zu Demokratie und zum Zusammenhalt der Bevölkerung geäußert. Im Vergleich zur Situation in der DDR, die 1953 zum Volksaufstand geführt hat, komme sie zu folgendem Schluss: Auch heute sei es notwendig, einen neuen Grundkonsens für unsere Gesellschaft zu erarbeiten. Diese Vergewisserung sei wichtig, um Freiheit und Recht durch eine demokratische Politik zu sichern - nicht nur in Deutschland sondern europaweit, ja global. In den westlichen Gesellschaften habe sich ein „Gefühl der Ohnmacht und der Ungerechtigkeit in unserer Demokratie ausgebreitet.“ Gesine Schwan betonte, dass sich verantwortliche BürgerInnen stärker als bisher für gemeinwohlorientierte Lösungen engagieren, aber auch mehr in die Politik einbezogen werden wollen. Hier sehe ich eine Herausforderung, aber auch eine große Chance für uns alle und für die SPD.

Die Regierungsbildung in NRW bleibt spannend. Nachdem die FDP in NRW das sinkende schwarz-gelbe Schiff verlassen hatte, es also noch nicht einmal eine funktionierende geschäftsführende Landesregierung sondern nur noch einzelne geschäftsführende MinisterInnen und einen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers auf Abruf gab, hat Hannelore Kraft erklärt, umgehend mit den Grünen eine Minderheitsregierung bilden zu wollen. Das ist ein politisches Novum für NRW. Ich wünsche ihr Erfolg.

Zu weiteren Themen dieser ereignisreichen Sitzungswoche mehr auf den folgenden Seiten.

Eure

Mechthild

Berlin, 21.06.2010

Inhalt:

■ Arbeitsmarktpolitik	
Reform der Jobcenter	2
■ Bildungspolitik	
Bildungsrepublik: nur eine Worthülse	3
■ Entwicklungspolitik	
Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele	4
■ Menschenrechtspolitik	
Folter bekämpfen und Folteropfer schützen	5
■ Rechtspolitik	
Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften	5
■ Buntes	
Für ein tolerantes Berlin gegen Hassgewalt	6
Bürgerschaftliches Engagement braucht verlässliche Anlaufstellen	6
Simbabwe in Wendezeiten	7
■ Termine	8

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Arbeitsmarktpolitik

Reform der Jobcenter

Nach monatelanger Blockade von CDU und CSU und nachdem Arbeitsministerin von der Leyen mit einem Gesetzentwurf, der die Auflösung der Jobcenter vorsah, am Widerstand der Länder gescheitert ist, besteht großer Handlungsdruck, damit die ARGEN Rechtssicherheit bekommen und die Vermittlung aus einer Hand gesichert bleibt. Die SPD hat deshalb mit der Koalition einen Kompromiss zur Absicherung der Jobcenter verhandelt, der sehr nah an unseren ursprünglichen Forderungen liegt.



Der Weg dahin war schwierig und nicht immer von Fairness auf Seiten der Regierung geprägt. Die 3.200 Vermittlerstellen, die 2010 planmäßig bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Entfristung anstanden, hatte Schwarz-Gelb entgegen der Verabredung mit uns im Dezember 2009 im Haushaltsausschuss gesperrt. Auch nach der jüngsten Kompromissfindung bei der Jobcenter-Reform haben die Regierungsfractionen diesen Punkt mehrfach von der Tagesordnung des Haushaltsausschusses genommen. Die Entfristung der 3.200 Stellen wurde am 9. Juni endlich im Haushaltsausschuss beschlossen. Damit haben wir die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) sowie zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende am 17. Juni in abschließender Lesung im Bundestag beraten können.

Hilfe aus einer Hand wird weitergeführt

Die gesetzliche Neuregelung ermöglicht es, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erfolgreich weitergeführt werden kann. Gegen den Willen von Schwarz-Gelb, die in ihrer Koalitionsvereinbarung die getrennte Aufgabenwahrnehmung vorgesehen hatten, können die ARGEN jetzt grundgesetzlich abgesichert und als gemeinsame Einrichtung zwischen Kommune und Agentur für Arbeit weitergeführt werden.

Das neue Jobcenter ist künftig der Regelfall zur Betreuung von Arbeitsuchenden. Die derzeit bestehenden 69 Optionskommunen, die die Betreuung in eigener Regie wahrnehmen, werden entfristet. Zudem sollen in begrenztem Umfang weitere Optionen ermöglicht werden. Insgesamt soll die kommunale Trägerschaft nicht mehr als 25 Prozent der Aufgabenträger im Bundesgebiet umfassen (inkl. der bestehenden 69 also insgesamt 110 Optionskommunen).

Wir konnten damit auch verhindern, dass durch die völlige Freigabe der Option der Bund aus der Verantwortung für die Arbeitsuchenden herausgenommen wird. Bund und Kommunen haben auch weiterhin ein gemeinsames Interesse daran, Arbeitsuchende in Arbeit zu integrieren. Die Steuerung erfolgt über Fach- und Rechtsaufsicht sowie Zielvereinbarungen. Eine Fachaufsicht wird es über die Optionskommunen nicht geben. Hier gelten allerdings eine Rechtsaufsicht und die Steuerung über Zielvereinbarungen mit Controlling und Benchmarking. Es existiert eine umfangreiche Finanzkontrolle.

Verbesserter Betreuungsschlüssel

Der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern wird weiter verbessert. Dies gilt auch für die Optionskommunen. Hier konnten wir uns mit einem wichtigen Anliegen durchsetzen. Die entsprechende Betreuungsrelation wird gesetzlich verankert. Als Festlegung für den Schlüssel sind vorgesehen: Ein/e ArbeitsvermittlerIn für 75 erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahren und ein/e ArbeitsvermittlerIn für 150 Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Diese gesetzliche Festlegung stärkt die individuelle Betreuung und verbessert die Chancen von Arbeitsuchenden, wieder in Arbeit zu kommen.

Mit einem Änderungsantrag wurden gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf noch zwei Punkte geändert. Zum einen soll das letzte Wort bei der Feststellung der Erwerbsfähigkeit eines Hilfebedürftigen nun nicht mehr der Medizinische Dienst der Krankenkassen haben, sondern die Rentenversicherung. Zum anderen wurden Übergangsfristen verändert.

Leistungsträger, die bisher ihre Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende getrennt wahrnehmen, also nicht in Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (ARGEn), haben nun bis zum 31.12.2011 Zeit, sich zu entscheiden, ob sie sich in ARGEN umwandeln wollen oder in sogenannten Optionskommunen, also kommunale Träger, die Langzeitarbeitslose in Eigenregie betreuen. Darüber hinaus soll der Begriff „Jobcenter“ künftig für alle Träger der Grundsicherung, auch die Optionskommunen, verwendet werden.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Zusätzlich haben wir, gemeinsam mit den Fraktionen der CDU/CSU und FDP einen Entschließungsantrag (Drs. 17/2192) eingebracht, mit dem wir feststellen:

- dass sich die gemeinsame Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch die der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit und die jeweils zuständigen kommunalen Trägern grundsätzlich bewährt hat. Die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen gewährleistet, dass die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus einer Hand betreut werden und Leistungen aus einer Hand erhalten,
- dass die gemeinsame Durchführung daher als Regelfall fortgesetzt werden soll. Daneben sollen die bisher in einer Experimentierklausel im SGB II geregelten Zulassungen von einzelnen Kommunen zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung verstetigt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende von einer begrenzten Anzahl von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf ihren Antrag und mit Zustimmung der obersten Landesbehörde auch künftig allein wahrgenommen werden können,
- dass die Zahl der Optionskommunen bezogen auf die bestehende Gesamtzahl der Aufgabenträger im Bundesgebiet bis zu einem Viertel betragen kann.

■ Bildungspolitik



Bildungsrepublik: nur eine Worthülse

Die von der Bundesregierung großspurig ausgerufene „Bildungsrepublik“ erweist sich mehr und mehr als reine Worthülse. Der dritte Bildungsgipfel, der am 10. Juni stattgefunden hat, kann als gescheitert betrachtet werden.

Das vor zwei Jahren gegebene Versprechen, bis 2015 mindestens gesamtstaatlich zehn Prozent für Bildung und Forschung aufwenden zu wollen, wartet weiter auf seine Einlösung. Auch die in dieser Woche beschlossenen Gesetze zum BAföG und zum Stipendengesetz zeigen die Ignoranz und Inhaltsleere der schwarz-gelben Regierung in diesem wichtigen Zukunftsfeld.

Abstriche bei der Bildungsfinanzierung

Anlässlich einer Aktuellen Stunde thematisierte die SPD-Bundestagsfraktion die Auswirkungen des gescheiterten Ländergipfels auf die gemeinsame Bildungspolitik von Bund und Ländern. Bundeskanzlerin Merkel und Bildungsministerin Schavan haben den Prozess zielsicher in eine Sackgasse geführt und wollen den Schwarzen Peter jetzt den Ländern zuschieben. Dabei war es diese Koalition, die mit ihrer Steuerpolitik die Finanzkraft der Länder ausgehöhlt hat. Und es ist diese Koalition, die das Zehn-Prozent-Ziel faktisch bis 2014 aussetzt. Denn ohne finanziell handlungsfähige Länder und Kommunen sind die Bildungsziele nicht zu erreichen. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, deutlich höhere Anteile zur Schließung der Finanzierungslücke bis 2015 zu übernehmen. Kein Bürger und keine Bürgerin kann nachvollziehen, dass nach zwei Jahren, zwei Gipfeln und einem Wasserfall von Absichtserklärungen der Bundesbildungsministerin nun am Ende keine Fortschritte erzielt werden konnten. Die Forderung von Bundeskanzlerin Merkel, erst Ende 2014 über das Zehn-Prozent-Ziel Bilanz ziehen zu wollen, grenzt an eine Groteske. Damit gibt die CDU/CSU das Zehn-Prozent-Ziel faktisch auf. Die Koalition kann nach dem Gipfelflop nicht mehr behaupten, keine Abstriche an der Bildungsfinanzierung zu machen. Es reicht nicht, 12 Milliarden des Bundes bis 2013 vor sich herzutragen, wenn sich zeitgleich Länder und Kommunen aus Finanznot aus der gemeinsamen Anstrengung zur Verbesserung des Bildungssystems verabschieden (müssen). Erst 2014 – also ein Jahr nach der geplanten Bundestagswahl - will sich diese Koalition an ihren Bildungsversprechungen messen lassen. Das ist enttäuschend.

Drei Prozent mehr BAföG - bei Einkommensfreibeträgen 10 Prozent drauflegen

Der Entwurf zum BAföG lässt zwar richtige Ansätze erkennen, bleibt aber weit hinter der Zielsetzung zurück, eine deutliche Verbesserung für mehr Schülerinnen und Schüler sowie Studierende zu erwirken. Die von der SPD in einem Änderungsantrag aufgegriffenen Vorschläge für eine Förderung von Teilzeitausbildungen, für eine Förderbrücke vom Bachelor zum Master und

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

für Erleichterungen im Antragsverfahren blieben ungehört. Vor allem lehnte Schwarz-Gelb die Kernforderung der SPD ab, die Einkommensfreibeträge um zehn Prozent anzuheben um so deutlich mehr junge Menschen ins BAföG zu bekommen.

Sozial ungerecht und Bürokratiemonster - das nationale Stipendienprogramm

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, auch angesichts des Kritik-Tsunamis aus der Fachwelt, das nationale Stipendienprogramm aufzugeben und die dafür vorgesehenen Mittel in den Ausbau des BAföGs zu investieren. Das Programm zementiert die soziale Auslese in der Hochschulbildung, da meistens Studierende aus bildungsnahen Familien die verlangten Leistungen bringen. Darüber hinaus werden nur Studiengänge, die aus Sicht der privaten Geldgeber als förderwürdig erscheinen, Unterstützung erhalten. Da die Stipendien an die Hochschulen gebunden sind, entstehen für die geförderten StudentInnen Hürden beim Studienfach- oder Studienplatzwechsel. Das Stipendienprogramm bedeutet vor allem für die Hochschulen einen enormen Verwaltungsaufwand.

■ Entwicklungspolitik

Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele

Als sich im September 2000 in New York 189 Staats- und Regierungschefs mit der Unterzeichnung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen erstmals auf einen Katalog grundsätzlicher, verpflichtender Zielsetzungen für eine weltweite Entwicklungspolitik einigten, haben sie der Welt ein ehrgeiziges, aber erreichbares Versprechen gegeben.



Die konkreten Ziele sollen, so wurde es vereinbart, bis zum Jahr 2015 erreicht werden. Zu ihnen gehören: die Bekämpfung der extremen Armut, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Müttergesundheit, der Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

Zurück zur engagierten Entwicklungspolitik

In unserem Antrag „Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele“ (Drs. 17/2018) fordern wir die Bundesregierung auf, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen. Dazu gehören Korrekturen im Bundeshaushalt, damit das Zwischenziel von 0,51 Prozent des BIP in 2010 erreicht werden kann. Dies ist durchaus möglich, wenn innovative Finanzierungsinstrumente, wie etwa die Einnahmen aus der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten oder aus einer Finanztransaktionssteuer, weiter verfolgt werden.

Die Bundesregierung muss zur engagierten Entwicklungspolitik der Jahre 1998 bis 2009 zurückkehren und wieder eine Vorreiterfunktion im Kampf gegen Hunger und Armut einnehmen. Als weltweit drittgrößter Geber muss Deutschland die Bestrebungen des UN-Generalsekretärs für eine gemeinsame Strategie unterstützen und sich auf der Konferenz der Vereinten Nationen im September dieses Jahres für einen Aktionsplan der Staatengemeinschaft einsetzen und diesen maßgeblich mitgestalten. Die schwarz-gelbe Koalition setzt durch ihre Politik die Erfolge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit aus den letzten gut 10 Jahren aufs Spiel. Warme Worte, aber keine Taten - das gefährdet die Glaubwürdigkeit Deutschlands.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

■ Menschenrechtspolitik

Folter bekämpfen und Folteropfer schützen

Aus Anlass des internationalen Tages der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Folteropfer am 26. Juni drängt die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem Antrag „Folter bekämpfen und Folteropfer schützen“ (Drs. 17/2115) auf die weltweite Abschaffung der Folter. Ebenso ist auch anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen oder Strafen entgegenzutreten. Vor allem gilt es auch, die Opfer mit aller Kraft zu unterstützen. Der Antrag wurde am 17. Juni im Bundestag debattiert.

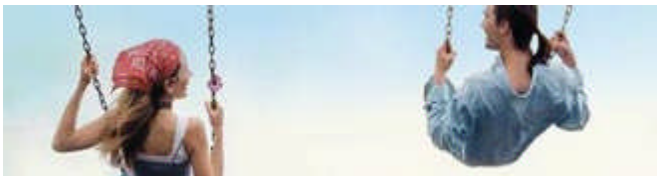


Die weltweite Bekämpfung der Folter ist eine der wichtigsten menschenrechtlichen Aufgaben. Das Folterverbot ist in zahlreichen internationalen und regionalen Konventionen verankert und gilt absolut. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen bekräftigt das Verbot regelmäßig, dennoch wird es laut Amnesty International von mindestens 111 Staaten missachtet.

Die SozialdemokratInnen würdigen in ihrem Antrag die schwierige Arbeit, die psychosoziale Behandlungszentren in Deutschland und im Ausland leisten, um Folteropfern zu helfen, körperlich und seelisch wieder gesund zu werden. In Deutschland gibt es 25 derartige Einrichtungen. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, sich im Rahmen der Vereinten Nationen, des Europarates und der Europäischen Union sowie in bilateralen Gesprächen weltweit für die Bekämpfung der Folter einzusetzen. Zudem soll sie konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Folter unterstützen sowie Behandlungszentren für Folteropfer im In- und Ausland fördern.

■ Rechtspolitik

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften



Mit dem Antrag „Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften“ (Drs. 17/2113) fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eingetragene Lebenspartnerschaften in allen Bereichen mit der Ehe gleichstellt und bestehende Benachteiligungen abschafft.

Seit August 2001 bieten Eingetragene Lebenspartnerschaften gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit, ihrer Partnerschaft einen gesicherten Rechtsrahmen zu geben. Eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sind Eheleuten jedoch bis heute nicht in allen Bereichen gleichgestellt. Die ungleiche Behandlung betrifft vor allem die Bereiche der Adoption von Kindern, das Steuerrecht wie auch den öffentlichen Dienst.

So ist zwar die Adoption von leiblichen Kindern des Lebenspartners oder Lebenspartnerin zulässig (sog. Stiefkindadoption), nicht jedoch die gemeinsame Adoption eines Kindes durch beide LebenspartnerInnen. Auch im Steuerrecht steht eine endgültige Gleichstellung noch aus. Im Erbschafts- und Schenkungsrecht sowie im Grunderwerbsteuerrecht ist eine gleichberechtigte Einbeziehung der eingetragenen LebenspartnerInnen zwar geplant (Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2010), im Einkommensteuerrecht werden eingetragene Lebenspartnerschaften aber entgegen den Ankündigungen im Koalitionsvertrag insbesondere beim Ehegattensplitting immer noch gegenüber Ehegatten benachteiligt. Im öffentlichen Dienst werden LebenspartnerInnen bisher nur in Teilbereichen berücksichtigt.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

■ Bunt

Für ein tolerantes Berlin gegen Hassgewalt

Die SPD-Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg, Mechthild Rawert, nimmt Stellung zum Angriff auf ein Schwules Paar am letzten Wochenende in Treptow-Köpenick:

Ich bin zutiefst erschüttert über den Angriff auf ein schwules Paar am letzten Wochenende. Homophobie, verbale oder körperliche Gewalt gegen Lesben und Schwule, Bisexuelle, Transgender oder Intersexuelle, geht uns alle an. Deswegen unterstütze ich die Demonstration "Für ein tolerantes Treptow-Köpenick und gegen Hassgewalt".



In der Nacht vom 12. Juni 2010 wurde ein schwules Paar in der Puschkinstraße in Treptow von drei Unbekannten angegriffen und schwer verletzt. Nachdem die beiden Männer im Zuge eines Streites zunächst auf Grund ihrer sexuellen Orientierung beleidigt wurden, schlugen die Täter einem der Männer mit der Faust ins Gesicht und versetzten dem anderen einen Stoß mit dem Kopf. Einem der Männer wurde zudem mit einem Messer in den Rücken gestochen.

Die Attacke ereignete sich zeitgleich zum 2-tägigen Lesbisch-Schwulen Straßenfest (Motzstraßenfest) in Schöneberg. Das Lesbisch-Schwule Straßenfest, organisiert vom Regenbogenfonds e.V., ist Europas größte Festivität der Queer-Szene. Es findet jährlich statt und zieht seit 18 Jahren viele BesucherInnen aus Berlin und von Außerhalb an. Eine solche Tat schadet deshalb auch der Stadt als Touristenmagnet.

Leider gibt es auch in Berlin immer noch Gewalttaten gegenüber Lesben, Schwulen, trans- und intersexuellen Menschen. Wir alle sind aufgefordert, jedem Anzeichen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten, uns für den Schutz und die Freiheit einer jeden Person stark zu machen. Wir alle sind zur Bekämpfung einer Ideologie der Ungleichwertigkeit aufgerufen. Wir alle müssen kundtun und dafür eintreten: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Bürgerschaftliches Engagement braucht verlässliche Anlaufstellen

„Für bürgerschaftliches Engagement ist ein festes Infrastruktur-Netzwerk notwendig. Die BürgerInnen brauchen verlässliche Anlaufstellen“, erklärte Mechthild Rawert zum Abschluss ihres Sommerfrühstücks mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Organisationen und Initiativen aus dem Bereich Gesundheit und Soziales.



Auch 2010 lädt die Gesundheitspolitikerin engagierte MultiplikatorInnen aus ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg zu thematischen Sommerfrühstücken ein. Damit setzt Mechthild Rawert ihre Tradition der Sommerfrühstücke „Auf ein Wort Frau Rawert“ aus den vergangenen Jahren fort. In entspannter Atmosphäre sucht die Antidiskriminierungspolitikerin den Austausch und Dialog, möchte erfahren, wo der Schuh drückt.

Die Anwesenden sprachen einen bunten Strauß an Themen an, z.B. drängende Probleme im Pflegebereich, die unbefriedigende Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention oder auch Fragen zum ÖBS,

zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Dabei wurde eine Vielzahl von Problemen deutlich, die unsere Gesellschaft noch nicht gelöst hat. Die TeilnehmerInnen schilderten anschaulich, wo aus Ihrer Sicht dringend politischer Handlungsbedarf besteht. Alle Anfragen werden mit in die zuständigen Gremien genommen - das ist versprochen.

Großer Beratungsbedarf besteht auf Seiten der BürgerInnen im Bereich der Pflege. Deswegen müssen die zwei Pflegestützpunkte, die genau diesem Bedarf qualifiziert nachkommen, bekannter gemacht und verlässlich finanziert werden, forderte Frau Rausch vom Pflegestützpunkt Tempelhof-Schöneberg. Damit das Vertrauen der BürgerInnen in Pflegeberatung

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

auch weiterhin gerechtfertigt sei, müsse der Name „Pflegestützpunkt“ rechtlich geschützt werden, forderte Dr. Rainer Baack, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg. Auch im Bereich der Palliativ-Pflege gibt es noch gravierenden Handlungsbedarf, um Menschen eine würdige Sterbephase zu ermöglichen. Mehr Unterstützung benötigt auch die Gruppe der Kinder, die ihre Eltern oder Geschwister pflegen. Das sei immer noch ein Tabuthema, erklärte die SPD-Bezirksverordnete Bärbel Bernstein.

Für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bezirk macht sich Frau Scherer vom Tiele-Winkler-Haus stark. Sie engagiert sich im Runden Tisch für Lokale Teilhabeplanung. In der Diskussion wurde angesprochen, dass gerade betroffene Eltern und engagierte Vereine wesentlich mehr Unterstützung und Beratung als bisher benötigen, um die mit der Konvention verbundenen Rechte auch durchsetzen zu können. Die Diskussion um eine inklusive Bildung ist in Berlin gerade voll im Gange. Dazu lädt Mechthild Rawert zu einer Veranstaltung mit Bildungssenator Zöllner und Prof. Dr. Schöler am 28.6. um 18 Uhr in der Fläming-Grundschule, Friedenau, ein.

Unsere Gesellschaft braucht noch mehr bürgerschaftliches Engagement. Ohne verlässliche Unterstützung seitens des Staates, seitens der Wirtschaft wird dieses nicht gehen. Im Alltag so gar keine Kleinigkeit sind fehlende Räume, die sowohl als Arbeitsorte aber auch als feste Adressen dienen können.

Das Sommerfrühstück ist für die TeilnehmerInnen immer auch eine gute Gelegenheit, sich selbst anderen Vereinen und Verbänden zu präsentieren, beziehungsweise andere Akteure aus dem gesundheits- und sozialpolitischen Bereich kennenzulernen. Für eine spätere Vernetzung ist das die Voraussetzung. Weitere Sommerfrühstücke folgen in Bälde.

Simbabwe in Wendezeiten

Die allgemeine Situation in Simbabwe hat sich seit Antritt der neuen Einheitsregierung Mitte Februar 2009 verbessert. Die neue Koalitionsregierung will eine neue Verfassung erstellen, die die Demokratie nach Simbabwe zurückkehren lässt. Zum Parteiengesetz und zur Funktion von Abgeordneten in ihren Wahlkreisen hier in Deutschland führte Mechthild Rawert mit führenden Politikern ein Gespräch.

Lovemore Moyo, Parlamentspräsident von Simbabwe, und die drei Fraktionsvorsitzenden Innocent Tinashe Gonese, MDC-T, Joram McDonald Gumbo, ZANU-PF, Edward Mkhosi, MDC-M, besuchten auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung das Politische Berlin. Im Mittelpunkt des Gespräches mit Mechthild Rawert (SPD) standen u.a. Fragen zur demokratischen Aufstellung von KandidatInnen innerhalb der SPD als DirektwahlkreiskandidatInnen, die Bedeutung der Landesliste sowie statutarische Bestimmungen zur Aufstellung der jeweiligen Wahlversammlungen auf Kreis- und Landesebene. Thema war auch die Gleichheit aller ParlamentarierInnen unabhängig ihrer Zugehörigkeit zu Regierungs- oder Oppositionsfraktionen u.a. bei der Höhe der Diäten und Zuwendungen zur politischen Wahlkreisarbeit, die Finanzierung eines Wahlkampfes und die Bedeutung des Wahlrechtes. Diskutiert wurde auch der Fehler Deutschlands, lange nicht anzuerkennen, dass wir Einwanderungsland sind.

Im Februar 2009 wurde nach einem sechsmonatigen zermürbenden Streit über die Regierungsbildung der frühere Gewerkschafts- und Oppositionsführer Morgan Tsvangirai durch Simbawwes Präsident Mugabe als Ministerpräsident vereidigt. Erstmals seit ihrem Entstehen vor zehn Jahren konnte die Oppositionsbewegung zumindest einen „Brückenkopf“ im „System Mugabe“ erobern. Trotz aller Wahlfälschungen und brutaler Unterdrückung der Opposition hatte Robert Mugabe und seine ZANU-PF (Zimbabwe African National Union - Patriotic Front) 2008 völlig überraschend die kurzfristig angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen verloren. Die beiden MDC-Fraktionen (Movement für Democratic Change - Tsangira MDC-T und Movement für Democratic Change - Mutambara, MDC-M) hatten die Parlamentsmehrheit erobert und Morgan Tsvangirai, der Präsidentschaftskandidat der MDC-T, hatte nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt. Die Zeit bis zum zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl wurde zu einer der gewalttätigsten Perioden seit der Unabhängigkeit Simbawwes. Um das Morden zu beenden zog Morgan Tsvangirai seine Kandidatur zurück.



■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

Robert Mugabe kann sich zwar weiterhin als Präsident des Landes bezeichnen, die alleinige Macht, die er seit der Unabhängigkeit Simbabwes vor 30 Jahren innehatte, ist aber dauerhaft verloren.

Bei seiner Antrittsrede rief Mugabe zur Einheit auf und erklärte seine Bereitschaft zur Bildung einer Einheitsregierung. Die beiden MDC-Parteien nahmen ihn beim Wort, obgleich die außerparlamentarische Oppositionsbewegung, die Gewerkschaften und die Bürgerrechtsbewegung die Beteiligung der MDC an einer Regierung mit der ZANU-PF scharf kritisierten. Die Konfliktparteien vereinbarten ein Abkommen über die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit.

Die neue Verfassung wird derzeit u.a. auch mit der Zivilgesellschaft erarbeitet und soll im kommenden Jahr vorgelegt werden. Nach fast 30 Jahren autokratischer Herrschaft wäre mit der neuen Verfassung ein Grundstein für den Beginn der Demokratisierung der Gesellschaft und des Landes gelegt. Simbabwe, ein Land voller Armut und tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen, verdient diese Hoffnung.

■ Termine, Einladungen von Mechthild Rawert

Inklusive Bildung in Berlin

wann: 28. Juni 2010, ab 18 Uhr

wo: Aula der Fläming-Grundschule, Illstraße 4-6, 12161 Berlin-Friedenau

Mit dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, der Prof. (i.R.) Dr. Jutta Schöler, Lehrstuhl für Schulpädagogik, TU Berlin

Bei der Veranstaltung soll in einer offenen Diskussion auch die Kompetenz und das Wissen der Eltern, LehrerInnen und BetreuerInnen gehört werden.

Anmeldungen bitte an: eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de
oder Telefon: 720 13 884, Fax: 720 13 994

Veranstaltungsankündigungen

Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik - Konkurrenz oder Ergänzung?

wann: 29. September, abends

wo: Abgeordnetenhaus, Raum noch offen

mit: Hubertus Heil, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, und weiteren ExpertInnen

Anmeldungen bitte an: eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder Telefon: 720 13 884, Fax: 720 13 994

Finanz-, Wirtschafts- und Staatshaushaltskrise - Was tun?

wann: 05. Oktober, abends

mit: Peer Steinbrück, Finanzminister a.D., MdB

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

